

Hintergründe zur Pressemitteilung

Veröffentlicht am 14. April 2025 von Rüdiger Werner

Der Strombedarf in Deutschland steigt rasant. Deutschland hat das Ziel, in nicht mehr allzu ferner Zukunft den gesamten Strombedarf aus erneuerbaren Energien zu decken. Die Erreichung des Ziels ist schon für den bisher als elektrische Energie verbrauchten Teil des Gesamtenergiebedarfs des Landes eine Herausforderung. Allerdings muss zusätzlich dazu der Treibstoff für die Mobilität substituiert werden (Stichwort Elektromobilität) sowie die Wärmeerzeugung in den Wohnungen (Wärmepumpen). Hinzu kommt der enorm steigende Energiebedarf durch Internetnutzung (Streaming, KI-Anwendungen, Cloud-Speicher, Krypto-Währungen etc.). Wenn die Abkehr von fossilen Energieträgern gelingen soll, wird Deutschland seine Stromerzeugung in den nächsten 25 Jahren verdreifachen müssen.

Das Problem ist: wir wissen das seit vielen Jahren und reagieren nicht.

Ausgangslage

Die lokalen Stromnetze sind für diese Strommengen nicht ausgelegt. Sie müssen massiv ausgebaut werden. Die Investitionssummen sind von den lokalen Netzbetreibern alleine kaum zu schultern. Es gibt keinen Generalplan. Daher ist es für die Netzbetreiber einfacher, bei Anfragen mitzuteilen, dass der Betrieb einer Wallbox oder einer Wärmepumpe in dieser Straße aus Kapazitätsgründen nicht möglich ist. Große Photovoltaikanlagen können nicht angeschlossen werden. So ist die Energiewende nicht möglich.

Ähnlich sieht es mit den sog. Stromautobahnen aus, die große Mengen regenerativen Strom von den Erzeugergebenden im Norden zu den großen Stromverbrauchern im Süden transportieren sollen. Bis so eine Stromtrasse einmal steht, vergehen in Deutschland 10-15 Jahre.

Ein großes Problem für die Energiewende stellt der Strom aus Photovoltaik (PV)-Anlagen dar. Dieser wird nicht gleichmäßig über das Jahr erzeugt, sondern vor allem dann, wenn der geringste Strombedarf herrscht (in den Monaten März-Oktober vormittags bis nachmittags). Bedarf besteht vor allem morgens und abends in den Haushalten, zunehmend nachts (Ladezeit von E-Autos) und in den Wintermonaten (Wärmepumpen). Das sorgt dafür, dass schon heute an sonnigen Sommertagen der komplette Strombedarf durch Photovoltaik gedeckt werden kann und alle anderen Erzeuger abgestellt werden müssen. Im Winter hingegen ist der Anteil der Photovoltaik am Strommix verschwindend gering. Abhilfe schaffen können bei den Tagesschwankungen große Batteriespeicher, die den überschüssigen tagsüber erzeugten Strom aufnehmen und ihn nachts wieder abgeben. Nur in Kombination mit Batteriespeichern macht ein weiterer Ausbau der Photovoltaik überhaupt Sinn.

Wie vorhin beschrieben steigt der Bedarf an Rechenkapazität rasant. Entsprechend groß ist die Nachfrage von Betreibern für weitere Flächen für Rechenzentren. Am effektivsten sind Rechenzentren in der Nähe großer Internetknoten wie denen in Frankfurt. Daher bündeln sich die Anfragen in einem 30 km-Radius um die Stadt.

Rödermark hat nun zwei Standortvorteile: wir liegen innerhalb dieses Radiuses und wir haben mit dem Umspannwerk große Strommengen zur Verfügung. Daher ist es nur logisch, die Ansiedlung von Batteriespeichern, Rechenzentren und Ladeinfrastruktur in unmittelbarer Nähe des Umspannwerks in Betracht zu ziehen. Aufgrund der nötigen Planungszeiten für solche Projekte drängt die Zeit.

Planungsgrundlage

Rödermark ist Teil des Regionalverbands FrankfurtRheinMain, einer übergeordneten Behörde mit dem Auftrag eines gemeinsamen Flächenmanagements im Ballungsraum. Aktuell gilt für Gebietserweiterungen der Regionale Flächennutzungsplan 2010 (RegFNP). Seit 2016 arbeiten die Behörden an der Fortschreibung mit dem Arbeitstitel RegFNP 2020. Dieser wird voraussichtlich 2028 fertiggestellt sein. Im RegFNP 2010 ist festgelegt, welche zusätzlichen Flächen z.B. Rödermark für Gewerbegebiete oder Wohnen beplanen kann. Sollen andere Gebiete bebaut werden, muss ein Planabweichungsverfahren eingeleitet und verhandelt werden. Problem ist: die wenigen, noch nicht bebauten Restflächen aus dem RegFNP 2010 eignen sich nicht für Bebauung, blockieren aber einen Teil der Kontingente der Stadt. An eine Bebauung rund um das Umspannwerk hat vor 20 Jahren noch niemand gedacht, so dass diese Flächen aktuell nicht beplant werden können. Neue Flächen werden auch im RegFNP 2020 nicht im benötigten Umfang hinzukommen.

Auf der anderen Seite hat auch der Gesetzgeber die Notwendigkeit von Flächenverbrauch für die Energiewende erkannt und solchen Projekten einige Privilegien eingeräumt und Verfahrensbeschleunigungen angestoßen. Grundlage für ein Gelingen der Nutzung der Flächen um das Umspannwerk für Energie- und Digitalisierungsinfrastruktur sind also Gespräche und Verhandlungen mit dem Regionalverband.

Dies war der Kernauftrag der Stadtverordnetenversammlung an die Verwaltung. Herauszufinden, ob es Hürden bei der Verwirklichung gibt und wie diese beseitigt werden können.

Schnecken tempo der Verwaltung

Die FDP ging fälschlicherweise davon aus, dass dieses Thema auch für die Stadtverwaltung von Interesse ist. Wir hatten nach dem Beschluss im Juli 2024

tatsächlich die Erwartung, bereits im September oder Oktober die Prüfergebnisse präsentiert zu bekommen, um dann die nächsten nötigen Schritte zur Realisierung einleiten zu können. Stattdessen das große Schweigen. Und nicht nur das: Der Umgang mit sich häufenden anfragenden potenziellen Investoren war abweisend, so dass man nur den Schluss ziehen kann: In Rödermark sind Geldgeber nicht willkommen.

Am Ende des Bürgermeisterwahlkampfes kam dann die Mitteilung, dass es im März (9 Monate nach dem Beschluss) eine Sondersitzung des Bauausschusses geben wird. Diese Sitzung war aus Sicht der FDP eine einzige Enttäuschung.

Man ließ Amprion seine Netzausbaupläne vorstellen und kurz auf Rechenzentren und Batteriespeicher eingehen. Der Bericht der Verwaltung war eine Aneinanderreihung von Gründen, warum etwas nicht geht und nicht eine Aufzeigung eines Weges, wie es gehen könnte. Natürlich muss die Verwaltung auf die Schwierigkeiten hinweisen, aber uns interessiert es weniger, warum es diese Schwierigkeiten gibt, sondern wie man sie überwinden kann.

Das Resultat ist ein Auf-die-lange-Bank-schieben. Erst sollen wir abwarten, was die Gespräche der Stadt mit dem Regionalverband bzgl. der Erweiterungsflächen im RegFNP 2020 irgendwann im Sommer ergeben. Dann soll abgewartet werden, wie die ideale Trassenführung der Ortsumfahrung Urberach aussehen wird. Mit erheblicher Wahrscheinlichkeit werden für die potenzielle Umgehungsstraße die gleichen Flächen rund um das Umspannwerk benötigt. Dann muss die Stadtverordnetenversammlung entscheiden, ob diese Trasse geplant werden soll oder das Projekt Umgehungsstraße an dieser Stelle beendet werden soll. Wir sind jetzt wahrscheinlich schon Anfang 2026. Dann kommt die Kommunalwahl und die Konstituierung der Gremien, sodass bei einem positiven Verlauf der Gespräche und einer Ablehnung der Trasse frühestens im Sommer 2026 mit der Einleitung eines Zielabweichungsverfahrens begonnen werden kann. Sollten die Flächen ohne sonstige Nachteile für Rödermark irgendwann 2027 genehmigt werden, könnte ein Aufstellungsbeschluss folgen. Bis ein rechtskräftiger Bebauungsplan vorliegen könnte, hat das Jahr 2029 längst begonnen. Da man die Kosten des Bebauungsplanverfahrens nicht tragen will, möchte man vorhabenbezogene Bebauungspläne aufstellen, d.h. nach Genehmigung des Zielabweichungsverfahrens müssen die Investoren gefunden werden, die hier bauen wollen, diese müssen ihre Planungen vorlegen, über die dann diskutiert wird, es gibt Nachbesserungen etc. Das Jahr 2030 ist längst angebrochen.

Die FDP ist überzeugt: Wenn der entsprechende Wille bei Stadtverwaltung und Regierungskoalition vorhanden wäre, ginge es erheblich schneller.